



Dienstag, 13. Dezember 1977

Blatt 3135

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Städtebund beriet Datenschutz
(rosa) Städtische Dienstleistungen: Rationell und erfolgreich
Budgetdebatte 1978: Stadtplanung, Gesundheit und Soziales,
Städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz

Lokal: Schwedens Lichterkönigin besuchte Rathaus
(orange)

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

staedtebund beriet datenschutz

1 wien, 13.12. (rk) der fachausschuss fuer datenverarbeitung des oesterreichischen staedtebundes befasste sich dienstag im wiener rathaus unter anderem mit "bevoelkerungsevidenz" und "datenschutz", zwei themen, die in letzter zeit haeufig anlass zu diskussionen und heftigen kontroversen gefuehrt haben. die elektronische (edv) oder auch automatisierte (adv) datenverarbeitung gewinnt fuer die kommunale arbeit immer mehr an bedeutung. so muessen zum beispiel zu rund einem dutzend gesetzen personenevidenzen gefuehrt werden (schoeffenlisten, evidenzen nach dem wehrpflichtgesetz, dem meldegesetz, dem waehlerevidenzgesetz usw.). nun soll versucht werden, einen modus zu finden, der es erlaubt, personenbezogene daten kuenftig nur mehr einmal zu speichern und auf grund entsprechender gesetzlicher regelungen auch fuer die verschiedenen verwaltungsaufgaben zu verwenden. bekanntlich schafft ja nicht so sehr die erfassung und speicherung dieser daten probleme, sondern ihre verknuepfung.

die diskussion im anschluss an die referate von dr. gerhard stadler (bundeskanzleramt-verfassungsdienst) und dr. herbert zogelmann (magistrat wien), setzte sich insbesondere mit den problemen des datenschutzes auseinander. die automatische datenverarbeitung eroeffnet eine ganz neue dimension fuer den moeglichen missbrauch personenbezogener daten, und der gesetzgeber muesse daher - wie dies bereits im ausland geschehen ist - rechtliche massnahmen zum schutz der buerger setzen. man duerfe aber auch durch den datenschutz nicht die verwaltungstaetigkeit unnoetig komplizierter machen und damit auf rationalisierungsmoeglichkeiten durch die datenverarbeitung verzichten. (and)

0843

k o m m u n a l :

staedtische dienstleistungen: rationell und erfolgreich

2 wien, 13.12. (rk) anlaesslich der beratung des kapitels "staedtische dienstleistungen und konsumentenschutz" bei der budgetdebatte des wiener gemeinderates am diensttag berichtete amtsfuehrender stadtrat heinz n i t t e l der "rathaus-korrespondenz":

die geschaeftsgruppe rechnet fuer das jahr 1978 mit 3.742 millionen schilling ausgaben, denen voraussichtlich 2.319 millionen schilling einnahmen gegenueberstehen werden. das heisst, es werden fuer bestimmte dienstleistungen der stadt wien von denen, die sie in anspruch nehmen, entgelte bezahlt. diese entgelte sind jedoch nicht immer nach dem prinzip der kostendeckung erstellt, sondern dort, wo sich dies aus verschiedenen erwaegungen als notwendig erweist, auch nach sozialen Gesichtspunkten. in diesem fall, zum beispiel bei den staedtischen baedern, liegen die tarife zum teil erheblich unter den erforderlichen aufwendungen.

mit 5.832 bediensteten ist die geschaeftsgruppe mit ihren neun abteilungen eine der personalintensiven. zu den oeffentlichen dienstleistungen, die von ihr erbracht werden, gehoeren unter anderem die kanalisation, die wasserwerke, die stadtreinigung, die strassenbeleuchtung - obliegenheiten, die von den gemeinebuergern fuer selbstverstaendlich gehalten werden und nur dann auffallen, wenn etwas dabei nicht klappt. umso mehr muessen wir diesen tausenden mitarbeitern danken, die ihren dienst vielfach rund um die uhr erfuelen und damit grundlegende funktionen des lebens in der grosstadt reibungslos in gang halten.

rationalisierung im gemeindebetrieb

die stadt wien ist nicht nur bestrebt, ihre dienstleistungen fuer den gemeindebuenger effektiv durchzufuehren. sie bemueht sich auch, durch anwendung neuer techniken und systeme dabei kosten zu sparen. ein gutes beispiel dafuer ist die staedtische muellabfuhr.

der anfall an muell steigt in wien von jahr zu jahr. zwischen 1973 und 1977 ist das jaehrliche muellaufkommen von 3,200.000 kubik-

meter auf 4,260.000 kubikmeter angewachsen, das bedeutet eine steigerung innerhalb von fuenf jahren um 33 prozent. dem gewicht nach betraegt der jaehrliche wiener muellberg, der im jahre 1973 noch 394.000 tonnen ausmachte, 1977 bereits 460.000 tonnen - eine zunahme um 16 prozent.

diesem stetigen anwachsen des wiener muellberges steht eine sinkende tendenz des personalstandes der muellabfuhr gegenueber. waren im jahre 1973 noch 585 bedienstete mit der muellbeseitigung beschaeftigt, so sind es jetzt nur mehr 511. das bedeutet, dass vor fuenf jahren pro bediensteten 673 tonnen jahresleistung erbracht wurden, jetzt aber bereits rund 900 tonnen: ein sehr beachtlicher rationalisierungseffekt. er wurde einmal erreicht durch eine systematische umstellung auf grossraumgefaesse (1973 hatte der anteil der klein- und mittelbehaelter bis 110 liter noch 50,4 prozent aller muellgefaesse betragen, 1977 liegt er nur mehr bei 25 prozent), zum andern konnte die abfuhrleistung trotz staendig steigender tendenz des muellanfalls durch eine wesentliche verbesserung der gesamten organisation erzielt werden. dieser rationalisierungserfolg eines kommunalen dienstleistungsbetriebes kann sich zweifellos sehen lassen.

"altglas hilft devisen sparen"

eine wichtige neuerung im rahmen der staedtischen muellabfuhr haben wir mit der getrennten glassammlung eingefuehrt, nachdem die wiedergewinnung von rohstoffen ("recycling") aus dem muell immer mehr an bedeutung gewinnt. der anteil an altglas im wiener muell betraegt etwa fuenf prozent, an altpapier rund zehn prozent. die schwierigkeit dieser aktion liegt darin, dass eine sinnvolle und auch wirtschaftliche trennung der altrohstoffe vom uebrigen muell nur im haushalt beziehungsweise gewerbebetrieb durchgefuehrt werden kann, was die mitarbeit der bevoelkerung voraussetzt. nach experimenten in einzelnen wohnhausanlagen hat die stadt wien anfang november dieses jahres mit der getrennten glassammlung begonnen. diese aktion ist aus mehreren gruenden hervorzuheben:

1. als versuch, den muellzuwachs zu verringern,
2. der heimischen glasindustrie den begehrten altrohstoff zur wiederverwertung zuzufuehren, den sie sonst importieren muss,
3. ist diese aktion aber auch ein interessantes beispiel dafuer,

wie ein gemeindebetrieb gemeinsam mit der bevoelkerung an die loesung eines problems herangehen kann.

zur herstellung von weissglas wird ein anteil von 65 prozent quarzsand benoetigt, der zur gaenze importiert werden muss. jede tonne altglas, die gesammelt wird, hilft damit auch oesterreichs zahlungsbilanz zu verbessern.

die wiener haben in der kurzen zeit, waehrend diese aktion laeuft, sehr viel verstaendnis fuer sie bewiesen: seit ihrem beginn konnten in den bisher abgelaufenen fuenf wochen bereits rund 200 tonnen altglas gesammelt und der industrie zugefuehrt werden.

sicher sind, was die durchfuehrung betrifft, noch einige "kinderkrankheiten" der zeitlich jungen aktion zu bewaeltigen. das wird uns gelingen und wir hoffen, die getrennte glassammlung im fruehjahr 1978 auf alle bezirke ausdehnen zu koennen. nach unseren schaeztungen wuerden wir dann jaehrlich aus wien zwischen zehn- und zwanzigtausend tonnen altglas an die industrie liefern koennen.

mein dank gilt den wiener haushalten und auch den gewerbebetrieben, die durch ihre mitwirkung an der aktion schon in den ersten wochen so mitgetan haben, dass wir uns davon dauernden erfolg versprechen, und es ist ein grosses verdienst der massenmedien, es durch ihre publizistische unterstuetzung ermoeeglicht zu haben, dass die glassammelaktion in breitesten kreisen der wiener bekannt geworden und positiv aufgenommen worden ist. (red)

1006

k o m m u n a l :

gemeinderat (1):

debatte "stadtplanung"

3 wien, 13.12. (rk) am zweiten tage der budgetdebatte im wiener rathaus wurde zunaechst das kapitel "stadtplanung" behandelt. gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) nahm zum neuen stadtentwicklungsplan stellung. die fpoe stehe der erarbeitung eines solchen planes fuer die gesamte stadt grundsaeztlich positiv gegenueber, die inhaltliche uebereinstimmung beziehungsweise differenzen wuerden sich erst in der diskussion ergeben. hirnschall erinnerte an das staedtebauliche grundkonzept, das 1961 vom gemeinderat beschlossen wurde, an die 1973 abgehaltene stadtentwicklungsenquête und an eine 1976 veroeffentlichliche schrift ueber die raumordnungspraxis der bundeslaender. hierin sei im beitrage des wiener magistrats zu lesen gewesen, dass die ausarbeitung eines stadtentwicklungsplanes fuer das gesamte stadtgebiet fuer nicht zweckmaessig gehalten wurde. 18 monate spaeter halte man einen stadtentwicklungsplan fuer wien fuer durchaus realisierbar.

das zahlenmaterial aus dem ersten kapitel "bevoelkerungsstruktur" habe die negative wanderungsbilanz in wien gegenueber den anderen bundeslaendern bestaetigt. vor allem personenkreise aus dem gehobenen mittelstand, die ihren arbeitsplatz groesstenteils in wien beibehalten, wandern in immer staerkeren masse ins umland ab. einen gegentrend erwarte sich die stadt wien auf grund der arbeitsplatzentwicklung, die in einigen jahren in wien guenstiger als in nieder-oesterreich und im burgenland sein wird. ausserdem, so eine zielvorstellung des stadtentwicklungsplanes, sollten die auslaender den inlaendern gleichgestellt werden. fuer hirnschall stellte sich die frage, ob man diese gleichstellung in richtung kommunales wahlrecht erzielen, oder ob man das geltende staatsbuergerschaftsrecht aendern wolle. ein wirksameres mittel zur verhinderung der abwanderung sei nach meinung hirnschalls jedoch ein einfamilienhausprogramm in groesserem rahmen, das beispielsweise auf den draschegruenden durchgefuehrt werden koennte.

das verkehrskonzept fuer die innere stadt, mit dem ausbau der

zweierlinie, der auflassung des innenrings, der schleifenloesung und der schaffung von fussgaengerzonen sei fuer die fpoe ebenfalls ein brauchbarer weg zur rettung der inneren stadt als attraktives wohngebiet. nicht geloest sei jedoch die parkraumfrage, denn erstens wuerden ueberhaupt noch noetige garagenplaetze fehlen und zweitens seien diese garagenplaetze fuer manche bevoelkerungsschichten einfach unerschwinglich. zur loesung des parkraumproblems stellte hirnschall den a n t r a g , die strafgelder der parksuender und die parkometerabgaben, die gemeinsam im kommenden jahr etwa 200 millionen s ausmachen, fuer eine neue foerderungssaktion fuer verbilligte sonderstarife in den parkgaragen zu verwenden. zum abschluss kuendigte hirnschall eine termin- und finanzierungskontrolle seiner partei fuer die realisierung des verkehrskonzepts der inneren stadt an. (ba) (forts)

1012

gemeinderat (2):

debatte "stadtplanung" (forts)

4 wien, 13.12. (rk) die oevp begruesst die ankuendigung eines stadtentwicklungsplans, da bisher stadtplanung nach der theorie des fortwurstelns betrieben wird, erklarte gr. dr. m a y r (oevp). stadtentwicklungsplanung zerfaellt in vier phasen: naemlich bestandsaufnahme, loesungsalternativen, politische entscheidung und verwirklichung. bisher ist noch jeder planungsstadtrat bei der bestandsaufnahme steckengeblieben, zu einer verwirklichung ist es nie gekommen. es ist zu hoffen, dass nun alle vier phasen verwirklicht werden. das erste kapitel des stadtentwicklungsplanes mit den zielen einer bevoelkerungspolitik wurde bereits vorgelegt. als hauptziel wird der ausgleich des bevoelkerungsverlustes, der in den naechsten jahren zu erwarten ist, angesehen. es klingt jedoch wie resignation, wenn man dabei auf zuzug von arbeitskraefte aus den bundeslaendern hofft. echte probleme der bevoelkerungspolitik - wie etwa ein bekenntnis zu einem kinderfreundlichen klima, familienfoerdernde massnahmen, studien ueber ursachen der randwanderung etc. werden nicht angeschnitten. es fehlen die praezisen aussagen.

integriert in den stadtentwicklungsplan ist der generalverkehrs-

plan, der fuer kommendes jahr angekuendigt ist. schon jetzt hat aber die angekuendigte u-1-eroeffnung im kommenden februar eine euphorie ausgelost, als waeren damit alle probleme geloest. die harte wirklichkeit wird sein, dass die u-1 zwischen reumannplatz und karlsplatz fuer die bevoelkerung des vierten und zehnten bezirkes eine kuerzere fahrzeit bis zum karlsplatz bringt, mehr nicht. die naechste etappe der u-1 bis praterstern wird den bewohnern von donaustadt die moeglichkeit geben, nach dem umsteigen zwei stationen mit der u-bahn zu fahren. erst die verwirklichung der u-3, die ein wesentlicher bestandteil der ersten ausbaustufe ist, koennte zusammen mit der neuen strassenbahnlinie 64 einen weg zur loesung der verkehrsprobleme darstellen. doch wird heute gesagt, dass 9 bis 11 milliarden fuer die u-3 noetig sind, sie ist zu teuer.

dass zu wenig fuer die stadterneuerung getan wird, entschuldigt man mit zu geringen gesetzlichen moeglichkeiten. im suedlichen teil von rudolfsheim-fuenfhaus wird jedoch ohne gesetz wirksame stadterneuerung betrieben. ansatzpunkte der kritik sind lediglich, dass man die betriebliche substanz geopfert und ausschliesslich staedtische wohnbauten errichtet hat. das ist besonders von der architektur her bedauerlich, selbst beim projekt "wohnen morgen" hat man das "huebsche beiwerk" des architekten gestrichen. im assanierungsgebiet ottakring geht es trotz gesetz sehr schleppend weiter, so dass sogar die sozialisten in der bezirksvertretung die gesetzanwendung endlich verlangen. leider werden grosse staedtische wohnbauten noch immer als stadterweiterung errichtet, wie etwa das projekt neilreichgasse.

zur stadterneuerung gehoert schliesslich gezielte hilfe fuer althaeuser, zur wohnungsverbesserung sollte die hausverbesserung kommen. die bereitschaft der mieter, mehr zu zahlen waechst, weil sie ihr haus und ihre wohnung erhalten und in der gewohnten umgebung bleiben koennen. schliesslich sind verbesserte altwohnungen noch immer billiger als neubauwohnungen. abreissen und Neubebauung ist hingegen kaum finanzierbar. die oevp hat daher einen wiener wohnhausverbesserungsfonds verlangt, der finanzielle hilfen bietet, und loesungen fuer stadtteilverbesserungen vorschlaegt. zur stadterneuerung gehoert auch das von der oevp verlangte garagenkonzept mit foerderung gewerblicher garagentraeger, bau von volksgaragen, adap-

tierung von nicht genutzten souterrain-flaechen fuer autostellplaetze, verbesserung der kurzparkzonen. der dachbodenausbau im ersten bezirk sollte von der gemeindewien immer wieder neu forciert werden, auch in staedtischen althaeusern waere das moeglich.

zusammenfassend schloss gr. dr. mayr mit dem appell "rettet wien jetzt" - anlehnung an den slogan eines deutschen staedtetages. die oevp ist gerne bereit, mit ideen und anregungen zu helfen. (smo)

(forts)

1103

gemeinderat (3):

debatte "stadtplanung" (forts)

6 wien, 13.12. (rk) gr. r o s e n b e r g e r (spoe) erklarte, dass der stadtentwicklungsplan ein kompass fuer den gemeinderat, fuer den stadtsenat, aber auch fuer die tagesarbeit des magistrates sei. er stelle ein umfassendes leitbild auch fuer die planerische gestaltung in stadtteilen, erstmals aber auch besonders in den bezirken dar, woraus man ein besonderes zeichen der buergernaehere erkennen koenne. der plan sei flexibel, und es bestehe jederzeit eine fortschreibungsmoeglichkeit.

derzeit sei das kapitel "bevoelkerungsstruktur" in arbeit. im zusammenhang mit dem kapitel "wanderungsbewegung" fuehrte rosenberger aus, die oevp sage, das geburtendefizit sei durch die familienpolitik der bundesregierung begruendet. dabei sei in oesterreich und besonders in wien noch nie so viel fuer die familien getan worden, wie unter der sozialistischen bundesregierung. unter der gleichen bundesregierung erst sei ein eigenes ressort fuer gesundheit und umweltschutz geschaffen worden. der redner richtete an die oevp die einladung zur entsprechenden mitarbeit, um die arbeit des ministeriums effizient gestalten zu koennen.

zum kapitel "wohnsituation" bemerkte rosenberger, dass es noch immer viele substandardwohnungen gebe, diese befaenden sich jedoch nicht in gemeindebauten, sondern in privaten wohnhaeusern und wuerden besonders an gastarbeiter vermietet. er zitierte stadtrat busek aus einer wiener tageszeitung: "im detail sind wir fuer dezentralisierung, stadterneuerung, ich moechte sagen stadtreparatur statt

stadterweiterung". die oevp habe jedoch beim bodenbeschaffungs- und beim assanierungsgesetz so viele fallstricke gelegt, dass es fast nicht praktikabel sei. an die volkspartei richtete rosenberger die frage, ob die oevp fuer die fortsetzung der hausherrenrendite oder fuer die stadterneuerung eintrete. wenn sie aber fuer stadterneuerung eintrete, muesse sie mit der spoe entsprechende instrumente beschliessen, die eine stadterneuerung ermoeglichen.

die oevp muesse nun farbe bekennen. es sei nicht moeglich, einerseits "ja zu wien" zu propagieren, auf der anderen seite die stadt aber krank zu jammern. die mitarbeit an der stadtentwicklung sei ein gradmesser fuer die einstellung der oevp im sinne "pro wien"

die gesinnung der oevp gegenueber wien lasse sich aber auch daran erkennen, dass gr. hahn sofort nach der sperre der floridsdorfer bruecke dafuer eingetreten sei, eine neue bruecke zwischen korneuburg und klosterneuburg statt der floridsdorfer bruecke zu errichten.

in wien gebe es - und das sei nicht in vielen bundeslaendern so - einen geordneten flaechenwidmungs- und bebauungsplan. es gebe einen plan fuer die wienerberg-gruende ebenso wie fuer wien-sued. die oevp sei gegen den bau der wig 74 gewesen, erst als sie fertig gewesen sei, sei die kritik verstummt. rosenberger bezeichnete dies als ein beispiel, erst alles zu verteufeln und dann totzuschweigen. wien brauche einen nationalen, aber auch einen internationalen vergleich nicht zu scheuen. die oevp mache jedoch einen spaziergang durch wien mit verklebten augen und erkenne die positiven leistungen nicht.

weilers stellte rosenberger fest, stadtrat wurzer habe in den eineinhalb jahren seit seiner berufung grosse leistungen erbracht, die kontinuitaet dort gewahrt, wo es moeglich war, aber neue massnahmen dort gesetzt, wo sie notwendig waren. (and)

gr. d a l l e r (oevp) sprach dem fachbeirat fuer stadtplanung seinen dank aus. den empfehlungen des fachbeirates, der jeden flaechenwidmungs- und bebauungsplan pruefe, komme grosse bedeutung zu. der fachbeirat solle das rasche inkrafttreten der geschaeftsordnung gemaess paragraph 3 der bauordnung, die bestimmt fristsetzungen festlegen wuerde, verlangen. ausserdem sollte eine vom magistrat unab-

haengige stelle geschaffen werden, die die unterlagen fuer den fachbeirat vorbereitet.

die verlaengerung der linie u 1 nach kagran bezeichnete daller als grosse aufwertung des 22. bezirkes. die u 1 fuehre durch staedtebaulich bisher vernachlaessigte gebiete mit grossen entwicklungs-chancen. voraussetzung zur nutzung der bahngruende entlang der lassallestrasse sei neben einem staedtebaulichen konzept vor allem auch eine einigung mit den oesterreichischen bundesbahnen. das fehlen eines uebereinkommens drohe bereits den zeitplan fuer den bauablauf bei der u 1 durcheinanderzubringen. die u-bahn koenne auch zu einer aenderung der einschaeztung des 22. bezirkes als wohngebiet beitragen. notwendig sei vor allem auch die errichtung von einfamilienhaeusern, atriumhaeusern, reihenhaeusern etc.. auch bei der schaffung von arbeitsplaetzen im 22. bezirk muesse die stadtverwaltung mehr initiative und phantasie zeigen. neben arbeitsplaetzen in industrie und gewerbe seien auch solche in bueros notwendig.

beim bau von reichsbruecke, u 1 und a 22 sei eine zeitliche abstimmung notwendig. mit dem bau der reichsbruecke sei noch immer nicht begonnen worden. an beiden seiten der bruecke drohen nach dem ende der bauarbeiten weitere baustellen. nur wenn der bund die notwendigen mittel rasch fluessig mache, werden die verzoegerungen beim bau der reichsbruecke gering bleiben. mit dem bau der a 22 im bereich kaisermuehlen sei wegen des zusammenhanges mit dem hochwasserschutz nicht vor zehn jahren zu rechnen. (ger) (forts)

1155

gemeinderat (4):

debatte "stadtplanung" (forts)

7 wien, 13.12. (rk) gr. h a n k e (spoe): die neue verkehrskonzeption soll neue masstaebe fuer die betrachtung der wiener verkehrsprobleme setzen. der verkehr darf die bevoelkerung nicht ueberrollen, sondern soll als hilfsmittel qualitaetssteigerungen in allen lebensbereichen bringen. derzeit arbeiten professoren verschiedene loesungen zu verkehrsfragen aus. ohne dass also ein fertiges konzept vorliegt, stoere die oevp diese erarbeitungsphase durch dauernde un-gerechtfertigte kritik. dies gehe so weit, dass sogar die medien im

ausland wie zum beispiel das bayerische fernsehen, mit falschen informationen ueber die stadt wien gespeist werden.

obwohl also die verkehrskonzeption erst in den naechsten monaten vorliegen wird, konnten sofortmassnahmen fuer verbesserungen wie zum beispiel das beschleunigungsprogramm der strassenbahnlinien 5, 71 und der mariahilfer strassenlinien sowie der autobuslinie 13 a in angriff genommen werden. als finanzieller ausdruck der unermuedlichen taetigkeit der geschaeftsgruppe "stadtplanung" werden im kommenden jahr fuer die erhaltung der ampelanlagen 42,3 millionen schilling zur verfuegung stehen, fuer die Neubauten von verkehrsanlagen 32,8 millionen. ein beispiel fuer zielfuehrendes zusammenwirken ist die aktion schulwegsicherung. elternvereine, bezirksvertretungen, polizei und der magistrat haben gemeinsam einen modellfall geschaffen, das leben des schwaechsten gliedes der menschlichen gesellschaft, naemlich der kinder, bestmoeglich zu sichern.

verkehrsmassnahmen haben oft einschneidende veraenderungen der wohnumwelt zur folge, die von der bevoelkerung akzeptiert werden, der oevp jedoch willkommener anlass zu neuen verleumdungen seien. die oevp-aktion "bauaufsicht" diffamiere beispielsweise zahlreiche arbeitende menschen in dieser stadt, die bei jedem wetter ihrer arbeit nachgehen und ihr bestes geben.

auch am thema fussgaengerzone, dem ausdruck einer menschengerechten stadtgestaltung, lassen sich die widerspruechlichkeiten der oevp verfolgen. waehrend stadtrat busek in einem flugblatt die bevoelkerung zur belebung der strassenszene auffordert, ist bezirksvorsteher heinz strikt gegen derartige aktionen. waehrend die fussgaengerzone meidlinger hauptstrasse noch immer angriffspunkt der oevp-kritik sei, sind bevoelkerung und geschaeftsleute laengst zufrieden: die freiwerdenden geschaeftslokale werden zu liebhaberpreisen gehandelt.

in favoriten werden an die autofahrer zettel verteilt, mit dem hinweis, strafzettel seien die folge des unvermoegens des planungsstadtrates, der nicht genuegend parkplaetze vorsehe. die blauen zonen laengs der favoritenstrasse werden von der oevp geflissentlich uebersehen, die tiefgaragen am reumannplatz nicht zur kenntnis genommen. trotz aller schwarzmacherei werde sich die spoe nicht beirren lassen und ihr ziel "im mittelpunkt der planung steht der mensch" weiter verfolgen. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (5):

debatte "stadtplanung" (forts)

8 wien, 13.12. (rk) den lobpreisungen der spoe-redner ueber die stadtentwicklungsplanung koenne er sich nicht anschliessen, erklarte gr. a r t h o l d (oevp). die unterlagen ueber die bevoelkerungsstruktur, die schon einige jahre alt sind, werden voraussichtlich noch mehr ueberholt sein, wenn der ganze stadtentwicklungsplan vorliegen wird. gegen die abwanderung wird in anderen staedten positives getan, in wien wird die tendenz durch stadtrandbebauungen noch verstaerkt. wenn die geburtenfreudigkeit in den westlichen bundeslaendern staerker ist, muss in wien doch bezueglich kinderfreundlichkeit etwas faul sein.

zum vorwurf des gr. rosenberger, die oevp waere gegen die wig gewesen und haette sich nach dem erfolg damit gut gemacht: die oevp war gegen die wig und kritisiere sie noch heute. sie war gegen die teuren hallen. noch immer gibt es keine abrechnung, weiss man nicht, was die wig die wiener gekostet hat. ueberdies sind zwei drittel der bezirksgaertner auf der wig eingesetzt, die kleinen naerholungsparks werden jedoch vernachlaessigt.

im gegensatz zur behauptung von gr. hanke, dass in der planung der mensch im mittelpunkt steht, ist das in wien nicht der fall. statt demokratischer mitbestimmung der buerger im planungsprozess, wird einem aufgeklaerten absolutismus entsprechend die zwangsbe-glueckung von oben praktiziert. der buerger wurde nie gefragt, ob er die donauinsel braucht oder andere imagebauten. die probleme der buerger liegen auf einer anderen ebene: ob er ein spitalsbett bekommt, wenn er krank ist, ob er bei hochwasser vor der gefahr tatsaechlich geschuetzt ist, ob seine wohnumwelt so gestaltet ist, dass er sich wohlfuehlt und nicht in der freizeit sofort wegfaehrt.

fuer die mangelnde mitbestimmung fuehrte der redner mehrere beispiele an: die neuen flaechenwidmungs- und bebauungsplaene werden zwar der bevoelkerung bekanntgegeben, doch weiss der buerger damit nichts anzufangen. es gibt praktisch keine reaktionen, weil es der buerger einfach nicht gewohnt ist, mitzuwirken. als fehler in

der planung kann auch die fussgaengerzone in favoriten angesehen werden: nicht einmal der gemeinderat konnte entscheiden, ob dort ueberhaupt eine fussgaengerzone hinkommen soll, er durfte bloss entscheiden, wie die papierkoerbe oder die pflasterung aussehen. nunmehr stellt sich waehrend des weihnachtseinkaufs heraus, dass es viel zu wenig parkplaetze gibt. statt rechtzeitig fuer mehr parkplaetze zu sorgen, wird die polizei mobilisiert, die strafzettel austellt. fuer die attraktivitaet des weihnachtseinkaufs wurde nichts getan, um zu verhindern, dass die kaeufer der shopping-city-sued zufluessen. weiteres planungsmanko - die wienerberggruende. jahrelang liegen sie schon brach, obwohl die oevp schon 1973, als betriebe aus wien abwanderten, fuer betriebsansiedlungen dort eingetreten ist. nunmehr sollen sie dem wohnbau dienen - nicht die bezirksvertretungen wurden dazu gefragt, lediglich die bezirksvorsteher sprachen sich da fuer aus, obwohl bereits 25.000 favoritner in andere bezirke auspendeln muessen, weil es im bezirk zu wenig arbeitsplaetze gibt. statt neuer stadterweiterung waeren in favoriten sehr viele althaeuser zu reparieren. und weiter: die u-bahnverlaengerung in die per albin-hansson-siedlung, 1972 von der oevp verlangt, wurde von den sozialisten immer wieder abgelehnt. jetzt ploetzlich sagt nekula die verlaengerung zu. viele millionen wurden allerdings inzwischen in andere verkehrsmittel investiert, der kopfbahnhof waere in oberlaa statt auf dem reumannplatz viel billiger gewesen. es gibt eben keine koordination in der planung.

und schliesslich noch zu den kleingaerten: 1976 wurde in der bauordnung der neue begriff gartensiedlung festgelegt. es gibt bereits dutzende antraege auf umwidmung von kleingartenanlagen zu gartensiedlungen. aber noch keine einzige wurde erledigt, warum nicht? insgesamt hat in wien der buerger keine chance, bei der planung seiner unmittelbaren wohnumgebung mitzuwirken. (smo) (forts)
1252

gemeinderat (6):

debatte "stadtplanung" (schluss)

9 wien, 13.12. (rk) gr. s c h u l t z (spoe): arthold habe sich gegen eine wohnverbauung in wien-sued ausgesprochen, waehrend der oevp-pressediens eine aeusserung von architekt rainer wiederbe, der eine stadtentwicklung nach sueden befuerworte. zum vor-

wurf, die spoe treffe ihre entscheidungen ohne mitwirkung der bevoelkerung, stellte schultz fest, die spoe bekenne sich zur planung unter mitwirkung der betroffenen. die interessen der gemeinschaft muessten jedoch vor die interessen einzelner gestellt werden.

die oevp habe sich beim hochwasserschutz fuer eine dammverstaerkung des linken ufers ausgesprochen. dadurch wuerden jedoch bekannte betraechtliche nachteile entstehen, wie zum beispiel das wegfallen der "alimentation" der alten donau. im zusammenhang mit dem neubau der reichsbruecke sei die spoe bemueht gewesen, so bald wie moeglich mit dem bau zu beginnen, um die betroffene bevoelkerung zu entlasten.

in einer broschuere habe die oevp behauptet, in neu-kagran truegen die kinder psychische schaeden davon, und die frauen kaemen sich dort wie in einem gefaengnis vor, weil es keine kommunikationsmoeglichkeiten gebe. eine in diesem gebiet durchgefuehrte befragung der bevoelkerung habe jedoch (neben anderen positiven ergebnissen) gezeigt, dass sich 72,1 prozent dort wohler fuehlten als in ihrer frueheren wohnung, 11,6 prozent weniger wohl, 12,6 prozent faenden keinen unterschied, und 6,7 prozent aeusserten keine meinung.

der spoe sei es klar, setzte schultz fort, dass es beim bauen in stadtrandgebieten probleme gebe. aber offenbar liege der oevp die stadterneuerung im 4., 7., 8. und 18. bezirk nicht am herzen. dagegen seien auf den skala-gruenden wohn- u n d gruenflaechen vorgesehen, aber die oevp sei gegen die errichtung von wohnungen in diesem gebiet.

zur wig 1974 habe die oevp seinerzeit gesagt, sie sei wunderbar, sie habe nur den nachteil, dass sie sich dort befinde, wo sie nicht gebraucht werde. glaube denn die oevp, dass die 15.000 menschen im umkreis der wig 74 keine naerholungsgebiete benoetigen? (and)

in seinem schlusswort nahm stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r (spoe) zu einigen in der debatte aufgeworfenen fragen stellung: fuer die wienerberger gruende sei ein wettbewerb beabsichtigt, auf den draschgruenden sei keinesfalls eine hohe wohnbebauung geplant. die durch zuzug einkommensschwacher und abwanderung einkommensstarker schichten ins umland gekennzeichnete bevoelkerungsentwicklung sei in praktisch allen vergleichbaren staedten festzustellen. bewusst soll

kein generalverkehrsplan alter praegung erstellt, sondern soll eine in den stadtentwicklungsplan eingebundene verkehrskonzeption erarbeitet werden. die geschaeftsordnung des fachbeirates liege im entwurf bereits vor, sei auf keinen einwand des fachbeirates gestossen und werde in kuerze erlassen werden.

wurzer teilte mit, dass ihn bautenminister moser zu der mitteilung an den gemeinderat ermaechtigt habe, dass die vergabe des bauvorhabens reichsbruecke noch in dieser woche erfolgen werden.

der flaechenwidmungsplan fuer die wasserwiese befinde sich derzeit im antragsverfahren. die informationen ueber flaechenwidmungen werden im jaenner erstmals den bezirksvertretungen in einer so grossen zahl zur verfuegung gestellt werden koennen, dass sich jedes einzelne mitglied ein genaues bild ueber die bauliche entwicklung machen kann.

der stadtentwicklungsplan soll die gemeinsamen mittel- und langfristigen entwicklungsziele der stadt festlegen. er soll ein mittelfristiges, zielorientiertes kommunal- und regionalpolitisches handlungsprogramm sein und als wirksames steuerungs- und koordinierungsinstrument dienen. der stadtentwicklungsplan soll ein instrument zur verhinderung von autonomietendenzen einzelner planender verwaltungsstellen sein, eine umfassende und realistische beurteilung der oeffentlichen und privaten moeglichkeiten gewahrleisten und den rahmen fuer bezirksentwicklungsplaene, stadtteilgestaltungsplaene sowie fuer infrastrukturplanungen abgeben. die ersten vier kapitel des stadtentwicklungsplanes sind fertiggestellt, die uebrigen werden bis zum sommer 1978 fertig. der uebergang vom traditionellen planungsverfahren zur kommunalen entwicklungsplanung bedinge einen lernprozess. die organisation der arbeiten fuer den stadtentwicklungsplan umfasse vier gremien: den staendigen arbeitskreis stadtentwicklungsplanung, den koordinationsausschuss mit vertretern aller geschaeftsgruppen, den arbeitsausschuss mit vertretern der kammern sowie den planungsausschuss des gemeinderates. wurzer unterschied vier phasen: die diskussions-, planungs-, beschluss- und verwirklichungsphase. planung sei nicht nur durch einschaltung externer berater moeglich. deshalb wurden die arbeiten am stadtentwicklungsplan selbst durchgefuehrt, wobei auch die hilfe externer institute und experten in anspruch genommen wurde, wenn dies noetig war.

der grund, warum erst jetzt die zeit reif fuer einen stadtentwicklungsplan und fuer die stadterneuerung sei, liege in dem konflikt zwischen stadtplanung und eigentum, zwischen planungsgewinnen und -schaeden. eine soziale bodenordnung sei das zentrale problem, das mit politischer vernunft in absehbarer zeit geloest werden koenne und muesse. (ger) (forts)

1353

gemeinderat (7):

debatte gesundheit und soziales

10 wien, 13.12. (rk) als zweites kapitel wurde dienstag in der budgetdebatte des wiener gemeinderates die geschaeftsgruppe gesundheit und soziales behandelt. mit der feststellung, dass der ausgabenrahmen von 8,2 auf 9,4 milliarden gegenueber dem vorjahr gestiegen sei, nahm gr. krenn (fpoe) die debatte auf. der loewenanteil liege wieder bei der fertigstellung des akh, dessen tatsaechliche kosten und betriebskosten jedoch im dunkeln liegen.

wahrend der sektor soziales, wie etwa bei der heimhilfe, der hauskrankenpflege, der familienhilfe usw. ausgebaut wurde, seien andere grosse bereiche der geschaeftsgruppe systematisch vernachlaessigt worden. fuer die errichtung des sozialmedizinischen zentrums ost scheinen im voranschlag 1978 nur mehr zwei millionen schilling fuer die planung auf, und das obwohl dieses "geisterkrankenhaus ost" schon 1963 angekuendigt wurde. das ebenfalls gross angekuendigte heim fuer betagte menschen sued mit tausend betten, das im vorjahr noch mit fuenf millionen s fuer die planung budgetiert war, scheint heuer im voranschlag ueberhaupt nicht mehr auf. gr. krenn stellte die beiden a n t r a e g e , je 50 millionen als erste baurate fuer die errichtung des sozialmedizinischen zentrums ost sowie des altenpflegeheims sued in das budget fuer 1978 aufzunehmen.

gr. krenn kritisierte weiter, dass in der neuen krankenanstalt rudolfstiftung, die mit einem kostenaufwand von 911 millionen errichtet wurde, die medizinisch-technischen geraete nicht im maximalen einsatz stehen. auf die schwesterngarderobe habe man beim bau einfach vergessen, wodurch jetzt in jeder abteilung ein sechs-bett-zimmer in eine schwesterngarderobe umfunktioniert werden musste. der warteraum

der chirurgischen abteilung sei viel zu klein, die kuenstliche beleuchtung und belichtung keine optimale loesung.

kritik traf auch die zentralwaescherei, fuer die 1978 wieder ein abgang von rund 13 millionen zu erwarten sei. warum, so fragte krenn, werde die zentralwaescherei nicht verpachtet oder privatisiert? die reform des spitalswesens und die folgenden rationalisierungsmassnahmen des anstaltenamts seien zwar zu begruessen, doch sollte ein kostenabbau bereits vor der spitalstuere mit der gesundenuntersuchung und der verlagerung von krankenbehandlungen zu fach- und praktischen aerzteerfolgen. dazu gehoere auch der ausbau der heutigen krankenpflege und der vorstationaeren behandlung. an eine neue belastung der versicherten, das heisst, an eine sozial gestaffelte kostenbeteiligung, duerfe erst gedacht werden, wenn alle moeglichkeiten der rationalisierung bereits ausgeschoeppt seien. das ziel aller massnahmen auf dem gesundheitssektor muesse nach meinung der fpoe-fraktion die fuehrung der spitaeler als autonome wirtschaftskoerper mit modernem management aehnlich der als selbstaendige wirtschaftskoerper gefuehrten ordensspitaeler sein. (ba)

(forts)

1357

gemeinderat (8):

debatte gesundheit und soziales (forts)

12 wien, 13.12. (rk) schon seit jahren ist die gewaltige expansion der spitalskosten bekannt, kommissionen loesen einander ab, aber entscheidendes wurde bisher nicht erreicht, erklarte gr. traibl (oevp). in dieser konzeptlosigkeit wird nach immer neuen steuereinnahmen gesucht, doch die steuerliche belastbarkeit hat bereits ein hoechstausmass erreicht. notwendig ist daher ein grundsuetzliches umdenken: keine volkswirtschaft ist in der lage, alle heutigen medizinisch-technischen moeglichkeiten zu finanzieren. die gesundheitspolitik muesste sich daher viel mehr auf die vorbeugemedizin konzentrieren, statt auf die reparaturmedizin. das geschieht aber zu wenig. schon bei der schuljugend nehmen die krankheiten heute progressiv zu. bei 100 untersuchten schuelern wurden zum beispiel 464 krankheiten festgestellt. vom fortschritt im gesundheitswesen,

den die sozialisten fuer sich buchen, ist nichts zu sehen. nach dem vorliegenden budget ist aber ein umdenken in der gesundheitspolitik nicht zu erwarten. die schulaerzte haetten in der vorbeugemedizin eine wichtige aufgabe zu erfuehlen, sie muessten selbst den Lehrern und eltern nachhilfeunterricht in der erziehung ihrer kinder zur gesunden lebensfuehrung erteilen. diese zusaetzliche taetigkeit werden sie aber nicht ohne zusaetzlichen dienstposten erfuehlen koennen. was die schulaerztliche betreuung betrifft, gibt es in wien keine chancengleichheit, von der die sozialisten so gerne reden: in den landesschulen gibt es fuer nur 2.000 schueler einen schularzt, waehrend in den bundesschulen auf 900 schueler ein arzt kommt. wenn stadtrat stacher es beklagt, dass das interesse an der polio-schluckimpfung zurueckgeht, kann man dem nicht nur mit verstaerkter propaganda entgegenwirken. man sollte vor allem den berufstaetigen eltern eine neue service-leistung bieten durch oeffnung der gesundheitsaemter an einem tag in der woche von 14 uhr bis 18.30 uhr. der redner brachte einen diesbezuglichen a n t r a g ein.

abschliessende vorschlaege, um das gesundheitswesen auf eine gesunde basis zu stellen: forcierung der gesundenuntersuchungen, die unbuerokratisch sein muessten, umfassend und zu guenstigen zeiten moeglich. foerderung des breitensports in der nahen wohnumgebung, breite erziehungsarbeit zur bewusstmachung einer gesunden lebensfuehrung. (smo)

die leistungen fuer gesundheit und soziales haben sich in den letzten fuenf jahren verdoppelt, strich gr. dr. z e m a n (spoe) hervor. gab man 1973 noch 5.100 millionen in diesem ressort aus, so haelt man 1978 bis 9.400 millionen. ein schwerpunkt ist die verbesserung der aerztlichen versorgung. die einrichtung eines zentralen aerztenotdienstes, von gruppenpraxen, von hundert neuen ausbildungsplaetzen in den spitaelern, einer informationsstelle fuer aerzte, von lehrpraxen und einer kreditaktion fuer aerzte haben zu dieser erfreulichen entwicklung beigetragen.

es gibt zwar noch immer zu wenig pflegepersonal in den spitaelern, die situation hat sich jedoch gebessert. so stieg die zahl des diplomierten personals von 1974 auf 1977 von 4.297 personen auf 5.150 und die der stationsgehilfen von 2.470 auf 3.019. guenstig hat sich auch die propaganda fuer den maennlichen pfleger ausgewirkt.

im gegensatz zum pflegepersonal herrscht beim aertzlichen personal kein mangel. (se1)

die wiener oevp habe eine vielzahl von antraegen eingebracht, die von der mehrheitsfraktion nicht angenommen wurde. das bezeichnete gr. gertrude h a e r t e l (oevp) als mangelndes demokratieverstaendnis der spoe.

in wien wuerden nur die pensionistenklubs der spoe subventioniert. haertel stellte daher namens ihrer fraktion den a n t r a g , auch konfessionelle und karitative pensionistenklubs zu subventionieren.

der umbau der duschanlagen und des aufenthaltsraumes im obdachlosenheim meldemannstrasse dauere zu lange.

einbrueche und ueberfaelle liessen den buerger nach mehr schutz rufen. die polizei habe jedoch zu wenige moeglichkeiten, einzuschreiten. so sei das vagabundagegesetz vor einiger zeit abgeschafft worden. es gebe aber auch keine moeglichkeit, gegen die geheimprostitution und den "babystrich" vorzugehen.

die stadt wien gebe altermenschchen die moeglichkeit zum besuch von theaterstuecken. wie schon in anderen faellen, habe man jedoch auch mit der vorfuehrung von "evviva amico" keine glueckliche hand gezeigt. das stueck sei weder gut, noch unterhaltsam gewesen, sondern habe nur tendenzen zur zersetzung aller religioesen und sittlichen werte gezeigt. solche stuecke duerften nicht durch garantiert ausverkaufte plaetze subventioniert werden. (and) (forts)

1457

gemeinderat (9):

debatte gesundheit und soziales (forts)

14 wien, 13.12. (rk) beim kapitel "soziales" falle die starke steigerung beim heimhilfedienst auf, erklarte gr. joahanna d o h n a l (spoe). unter diesem begriff verbergen sich saemtliche sozialdienste, die die moeglichkeit geben sollen, dass alte menschen solange wie moeglich zu hause in ihrer gewohnten umgebung bleiben koennen. der ansatz fuer diese budgetpost sei im jahr 1978 um 30 prozent hoeher als im vorjahr. seit 1973 seien die ausgaben fuer die sozialen dienste um nahezu 290 prozent gestiegen. der grundsatz

./.

"jeder wiener hat das recht auf soziale hilfe" sei hundertprozentig verwirklicht worden. durch die vielfalt der sozialen dienste sei es moeglich, auf die verschiedensten lebenssituationen der menschen bedacht zu nehmen. durch den kontaktbesuchsdienst koennen auch jene menschen erreicht werden, die nicht von selbst kommen, die von den sozialdiensten nichts oder zu wenig wussten und daher keinen gebrauch davon machten. dohnal wandte sich gegen aeusserungen von seiten der oevp, wonach in der sozialpolitik keine spuerbaren leistungsverbesserungen eingetreten seien. die leistungsverbesserungen in der sozialpolitik der stadt wien seien jederzeit ueberpruefbar, sie sei dynamisch und bedarfsgerecht.

dohnal stellte die fragen, wer die oevp daran hindere, in den von ihr verwalteten bundeslaendern ebensolche leistungen zu erbringen. waehrend der oevp-alleinregierung sei die familienbeihilfe um 40 schilling gestiegen, von 1970 bis 1977 aber um 250 schilling. die leistungen fuer die familie wurden von der spoe-regierung seit 1970 verdreifacht. dazu kommen noch die hilfen der stadt wien in besonderen lebenslagen, die hilfen fuer die alleinstehenden muetter, die neu eingefuehrten urlaube fuer alleinstehende muetter mit kindern.

ab 1. jaenner 1978 erfolge die auszahlung der familienbeihilfen in neuer und gerechterer form. rund 300.000 familien werden bis zu 350 schilling pro kind und monat zusaetzlich erhalten. fuer jedes kind ab 5 jahre steht in wien - und nur in wien - ein kindergartenplatz zur verfuegung. durch die reform des familienrechtes wurde gesetzlich verankert, dass haushaltsfuehrung und kindererziehung einer berufstaetigkeit gleichkommt. bei berufstaetigkeit der frau ist auch der mann fuer die haushaltsfuehrung und kindererziehung verantwortlich. einrichtungen wie ganztagskindergaerten, ganztagschulen sind notwendig, ebenso die entsprechenden gesetzlichen voraussetzungen wie dienstfreistellung bei erkrankung eines Kindes fuer vater und mutter. um aber die belastung der berufstaetigen frau zur gaenze abzubauen, sei auch eine geaenderte einstellung notwendig. der grundsatz "gemeinsam sind wir staerker" muesse auch in der familie gelten. im neuen parteiprogramm der spoe werde dieser grundsatz verankert sein. trotz allem bereits erreichten werden die sozialisten neue antraege und forderungen auf diesem gebiet stellen, so etwa die wahlweise einfuehrung des karzenzurlaubes fuer mann und frau.

dohnal warf der oevp widerspruechliche haltungen in fragen der sozialpolitik vor. einer demontage der sozialen leistungen werden die sozialisten jedenfalls nie zustimmen. der heimhilfedienst soll so ausgeweitet werden, dass jeder spitalspatient, der nach seiner entlassung zu hause keine betreuung hat, diese bekommt. dies werde auch vorzeitige spitalsentlassungen ermoeeglichen. auch die hilfe fuer die behinderten werde weiterhin ein schwerpunkt in der sozialarbeit der stadt wien bleiben. zur fristenloesung meinte dohnal, dass in den von der oevp beherrschten bundeslaendern ein bestehendes gesetz auf administrativem weg missachtet werde.

die spoe bekenne sich zur leistung des einzelnen und zur nachbarschaftshilfe, aber auch die gesellschaft habe verpflichtungen. die sozialisten werden weiterhin dafuer sorgen, dass die gesellschaftlichen hilfeleistungen - obwohl sie organisiert sind - den einzelnen menschen und seine beduerfnisse nicht vergessen. (ger)

(forts)

1554

gemeinderat (10):
debatte gesundheit und soziales (forts)

16 wien, 13.12. (rk) scharf auf den debattenbeitrag seiner vorrednerin reagierte stadtrat l e h n e r (oevp), indem er auf die initiative und mitarbeit der oevp bei der sozialgesetzgebung und bei verschiedenen sozialen aktionen hinwies. das essen auf raedern, der waeschedienst gingen auf anregungen der oevp zurueck, ebenso habe die opposition im sozialgesetz die verpflichtung zur mitarbeit, zur hilfe gefordert. der mutter-kind-pass sei von primarius dr. glueck eingefuehrt worden. den oevp-initiativen stuenden unerfuellte versprechungen der spoe, wie "eine spoe-regierung wird in kuerzester zeit die spitalsfrage loesen" gegenueber.

./.

stadtrat Lehner hob zwar den 830 millionen finanzierungsvoranschlag fuer das akh im budget 1978 positiv hervor, stellte dazu jedoch gleichzeitig die fragen, ob man im vorjahr die wahren kosten verschwiegen habe, ob sich die bauwirtschaft in so einer misslichen lage befinde, dass der bau unter allen umstaenden vorangetrieben werden muesse, oder ob man befuerchte, dass der bund seinen zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen koenne. die frage nach den betriebskosten bliebe nach wie vor unklar, informationen wuerden je nach "schreibtisch" zwischen 1,8 milliarden und 10 milliarden pro jahr variieren. eine familie, die ein haus baue, wuerde dieses haus vorher planen, fuer die finanzierung vorsorgen und zinsen sowie rueckzahlungsmodalitaeten einkalkulieren. bei der errichtung des akh sei dies alles versaeumt worden.

die chancen fuer die errichtung des sozialmedizinischen zentrums ost seien gleich null, obwohl die wohnbevoelkerung des 21. und 22. bezirkes in den letzten zehn jahren um mehr als 100.000 auf 250.000 menschen gestiegen sei. voellig ausser acht gelassen werde die frage nach der medizinischen betreuung der beschaeftigten in der uno-city. die krankenpfliegerinnenschule noerdlich der donau werde in kuerze eroeffnet, obwohl kein spital vorhanden ist. weiterer kritik unterzogen wurde die offizielle eroeffnung der rudolfstiftung nach zwei jahren tatsaechlicher inbetriebnahme, die zoegernde planung des altersheimes sued, der pavillon geistig abnormer rechtsbrecher, der den insassen jederzeit gelegenheit zum ausbruch gebe und die mangelnde hilfe der stadt wien fuer private spitaeler.

eine warnung moege die statistik im gesundheitsbericht sein, nach der die groesste gruppe der bevoelkerung, naemlich rund 21 prozent, zwischen 60 und 75 jahre alt ist, waehrend die zahl der kinder bis zu 15 jahren nur 16 prozent ausmacht. eine gefaehrliche luecke in der medizinischen versorgung koennte auch durch die freiwerdenden stellen vieler praktischer aerzte in wien entstehen, die in kuerze in pension gehen. fuer die etwa 140 freien stellen der praktischen aerzte finden sich keine nachfolger, da die gehaltsfrage bei arbeitsausfall nicht geregelt sei und auch die beschaffung von ordinationen und entsprechenden wohnungen von der stadt wien nur ungenuegend unterstuetzt werde. die folge davon sei, dass aeltere menschen bei mangelnder aerztlicher betreuung durch den hausarzt in ein krankenhaushaus eingeliefert und schliesslich in einem pflegeheim untergebracht

werden. die warteliste fuer pflegeheimplaetze sei auf derzeit 1.800 anmeldungen gewachsen, auf einen platz im pensionistenheim warten 20.000 senioren und rund 50.000 menschen sind pflegebeduerftig und auf fremde hilfe angewiesen. eine, wie lehner feststellte, berechnete forderung der oevp sei es daher, das geschlossene karolinenkinderspital in ein alterskrankenhaus umzuwandeln.

die elf monate dauernden verhandlungen, die stadtrat mayr mit dem bund ueber die kostendeckung der krankenhausbetten fuehrte, haben mit 50 prozent fuer ein staedtisches krankenhaus beziehungsweise 41 prozent fuer ein akh-bett zu wenig erfolg gehabt. die oevp habe von mayr eine haertere verhandlungstaktik beziehungsweise eine mindestkostendeckung von 60 prozent erwartet. geschaedigt sei dadurch die grosse gruppe aller wienerinnen und wiener, die bereit waren, eine private versicherung abzuschliessen. (ba)

es werden immer wieder forderungen gestellt, die natuerlich geld kosten. wuerde man jedoch die oevp-forderungen der letzten jahre auf dem gesundheitssektor zusammenzaehlen, kaemen 10 milliarden heraus, erklarte gr. d i n h o f (spoe). die ablehnung der tarifregulierungen durch die oevp haette weitere 7 milliarden gekostet. ergibt sich die frage, wie diese schere dann jemals zusammen kommen soll. dann wird immer verlangt, gewissermassen ursprungszeugnisse auszustellen - dafuer wer, was, wann erfunden hat. dabei koennte man fast immer bis zu lueger zurueckgreifen. fuer den buerger ist es jedoch letztlich unbedeutend, woher die leistungen und errungenschaften kommen, wichtig ist fuer sie, dass sie da sind. zu unterstuetzen ist jedenfalls die forderung von grin. haertel, dass man gerade in der politischen debatte um das gesundheitswesen nicht mit der schmutzkuebelmethode arbeiten sollte.

wenn die frage der foerderung der privatspitaeler angeschnitten wurde, duerfte ein informationsmangel vorliegen. man braucht sich nur bei den privatspitaelern zu erkundigen, wie sehr sie tatsaechlich von der gemeinde wien unterstuetzt werden.

zum kapitel krankenanstalten: viele spitaeler sind in der organisation historisch gewachsen, in manchen bereichen noch unkoordiniert. seit 1977 wird jedoch systematisch an der umstellung der spitaeler auf kostenberechnung gearbeitet. letztlich darf es aber nicht an den kosten liegen, wenn es um die beste behandlung der

kranken geht. es gab viele diskussionen um notstromaggregate. dafuer wurden seit 1974 147 millionen ausgegeben. im kommenden jahr sind 7 millionen vorgesehen. und einige scheinbare kleinigkeiten: so sind fuer den ausbau der telefonanlagen 5,5 millionen veranschlagt, wichtig deshalb, weil die verbindung zum spital so gut wie moeglich sein soll.

in letzter zeit wurden nach einem modernen psychiatrie-konzept einige versuche gestartet, wie die errichtung von psychotherapeutischen wohngemeinschaften. im naechsten jahr sind weitere aktivitaeten geplant: es werden im 10. und im 22. bezirk je eine psychologische beratungsstelle eingerichtet. ueberdies sind projektstudien ueber sektorisierte psychiatrische betreuung vorgesehen. besonderes augenmerk wird im kommenden jahr dem umbau und ausbau des psychiatrischen krankenhauses zugewandt werden. besondere anstrengungen wurden gemacht, die umwelt des patienten zu verbessern. so wurden fuer neue sanitaere einrichtungen bereits 50 millionen ausgegeben, weitere 14,8 millionen sind 1978 dafuer vorgesehen. die sogenannte anstaltskleidung wurde bereits "ansehnlicher" gemacht, fuer freundlichere atmosphaere in den krankenzimmern und auf den gaengen gesorgt. die verkleinerung der krankenzimmer ist ein weiteres wichtiges anliegen: dafuer wurden bereits 30 millionen ausgegeben, 11 millionen sind im naechsten budget vorgesehen.

insgesamt liegt im kommenden jahr die steigerung des sozial- und gesundheitsbudgets um zwei prozent ueber der steigerung des gesamtbudgets. man hat erkannt, dass es nicht aufs geld ankommen kann, wenn es um eine gute krankenversorgung geht. gleichzeitig ist es aber auch durch organisatorische massnahmen moeglich, mehr wohlbefinden fuer die patienten zu schaffen. den vielen karitativen organisationen, die sich dem sozial- und gesundheitswesen widmen, ist der dank auszusprechen. sie sollen aber auch wissen, dass das geld vom steuerzahler kommt und ihnen vom gemeinderat zur verfuegung gestellt wird.

(smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (11):

debatte gesundheit und soziales (schluss)

17 wien, 13.12. (rk) die oevp setzt sich voll und ganz fuer die berufstaetigkeit der frau ein, erklarte gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp). allerdings soll die frau die wahlfreiheit zwischen beruf und haushalt haben. wenn es der spoe so ernst mit der berufstaetigkeit der frau ist, warum fuehrt sie dann nicht den karenzurlaub fuer maenner ein? die oevp-forderung, den karenzurlaub auf 2 jahre zu verlaengern, koennte wien allein durchfuehren: man muesste nur die budgetpost "hilfe fuer arbeitsfaehige muetter" ausreichend dotieren.

die spoe stoest sich an der behauptung, dass 30 prozent der wiener an psychischen stoerungen leiden. dies ist keine oevp-erfindung. so erklarte dozent dr. czermak bei einer spoe-enquete, dass rund 35 prozent der bevoelkerung in industrielaendern an psychischen stoerungen leide. (sei)

stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) erklarte unter anderem, dass man mit der eroeffnung des rudolfspitals so lange zuwarten habe muessen, weil lange zeit fuer den kompletten betrieb nicht ausreichend personal zur verfuegung gestanden sei. zur forderung, in der rudolfstiftung sollten die geraete "rund um die uhr" verwendet werden, wandte stacher ein, eine kobaltbombe strahle zwar 24 stunden am tag, aber es sei nicht moeglich, patienten tag und nacht zu behandeln, ohne den betriebsablauf zu stoeren und der verwirklichung eines humanen krankenhauses naeherzukommen. im uebrigen habe man zum beispiel die ambulanzzeiten im hanuschkrankenhaus versuchsweise auch auf samstag ausgedehnt, es seien aber keine patienten gekommen. die oevp sollte aber dem vorschlag des finanzministers nach einer gleitenden arbeitswoche nachkommen. dadurch liesse sich eine bessere auslastung erreichen.

stacher haelt weiterhin an der ansicht fest, es gebe zu wenige aerzte. die spitaeler, die von den kuenftigen frei praktizierenden

oder fachaezten im rahmen ihrer ausbildung zu durchlaufen sind, seien voll, aber praktisch ausgebildete aerzte gebe es weiterhin zu wenig. es werde aber alles moegliche getan, um fuer eine ausreichende versorgung der bevoelkerung mit praktischen aerzten zu sorgen.

wenn man, wie von einem debattenredner gesagt wurde, 20 millionen schilling fuer entlausungen benoetige, so muesse er, stacher, dagegen halten, dass es 100.000 schueler in pflichtschulen und noch einmal so viel in lehren und berufsschulen gebe. der vorgesehene betrag wuerde aber fuer 210.000 behandlungen reichen.

betraechtliche leistungen wurden auch fuer die heimhilfe aufgewendet: 1973 24 millionen, 1974 37 millionen, 1975 61 millionen, 1976 90 millionen, 1977 97 millionen schilling, und im kommenden jahr werden es sogar 145 millionen schilling sein. kaum jemals sei soviel sowohl qualitativ, als auch quantitativ, auf sozialem gebiet geschehen. einem vorwurf, es seien kostbare medikamente weggeworfen worden, und hier sei eine moeglichkeit zum sparen, hielt stacher entgegen, dass 616 bettenfuehrende stationen im jahr 1976 insgesamt 1093mal ueberprueft wurden. dabei seien aber nur 0,022 prozent medikamente zu beanstanden gewesen und vernichtet worden. (and)

stadtrat l e h n e r (oevp) warf den debattenrednern der spoe vor, wahlkampf zu betreiben. es sei schlecht, einen wahlkampf so zu fuehren, dass man nachher nicht mehr miteinander sprechen koenne. er wisse im zusammenhang mit dem sozialmedizinischen zentrum ost um die personalengpaesse, aber warum heisse es dann immer wieder, man brauche kaum mehr personal fuer ein neues spital. lehner gab seiner entruestung ueber den vorschlag des bundeskanzlers ausdruck, wien bei der spitalsfinanzierung mit 400 millionen - nicht einmal zehn prozent des spitalsabganges - abzuspeisen. wien muesse entsprechend seiner stellung bei den spitalsfinanzierungsverhandlungen bevorzugt behandelt werden. vor mehr als einem jahr habe die oevp einen bericht ueber die situation beim allgemeinen krankenhaus gefordert. ein solcher bericht sei zugesagt, bis heute aber nicht vorgelegt worden. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (12):

debatte "dienstleistungen und konsumentenschutz"

18 wien, 13.12. (rk) bei den baedern bestehe der eindruck, dass man hier wirklich um dienst am kunden bemueht sei, erklarte gr. k r e n n (fpoe). im zusammenhang mit der errichtung neuer hallenbaeder erinnerte er an die forderung der bezirksvertretung landstrasse, auch in diesem bezirk ein hallenbad zu errichten.

unwillen bei der bevoelkerung habe die auflassung der vormittagskarten fuer sommerbaeder erzeugt. krenn verlieh der hoffnung ausdruck, dass diese halbtagskarten bis zum beginn der sommersaison wieder eingefuehrt werden.

im zusammenhang mit dem abschleppen von fahrzeugen richte sich die kritik der fpoe nicht gegen das abschleppen an sich, sondern gegen die rechtlich unhaltbaren begleitumstaende, wie etwa ueberhoehte kostenforderungen.

besondere bedeutung komme dem marktamt und dem verterinaeramt zu. krenn kritisierte, dass die kalkulationsgrundlagen der wasserwerke nicht vorgelegt wurden. die fpoe sei wie die handelskammer der meinung, dass es im jahr 1977 eine ueberdeckung von mehr als 20 prozent gebe.

durch die neuen kanalgebuehren werden zum beispiel gastwirte bestraft, die durch entsprechende sanitaere anlagen ihren gaesten einen hoeheren hygienischen standard bieten. (ger) (forts)

"um die nahversorgung der bevoelkerung ausreichend sichern zu koennen, darf der 'kleine laden um die ecke' nicht sterben." diese forderung stellte gr. s c h n e i d e r (oevp). der taegliche bedarf an lebensmitteln werde auch heute noch zu 46,8 prozent von den kleinen geschaeften mit bedienung gedeckt. 78 prozent dieser geschaefte befinden sich in einem umkreis von nur einem halben kilometer vom wohnort entfernt.

der rueckgang der kleinen einzelhandelsgeschaefte habe sich bereits seit 1965 abgezeichnet, aber auch nach 1973 sei nichts unternommen worden, um diese entwicklung zu bremsen. stadtrat

nittels feststellung einer unbuerokratischen foerderung der klein- und mittelbetriebe treffe zumindestens bei der kleinbetriebszuschussaktion, bei der erst die buerokratie des bundes ueberwunden werden muesse, nicht zu. versprechungen, wie keine neue steuerbelastung oder keine hoeheren gebuehren, seien unglaubhaft geworden. der kombiwagen, ein notwendiges werkzeug fuer den besitzer eines klein- oder mittelbetriebes, soll in kuerze zum luxusartikel werden.

ein wichtiger preisregulator sind die wiener maerkte. in den letzten drei jahren wurden drei neue maerkte eroeffnet, die wiener grossmarkthalle soll in kuerze in ein modernes hochhaus eingegliedert werden. mit der vierten etappe der uebersiedlung ist man jedoch bereits um zwei jahre in verzug. trotzdem sind im budget 1978 fuer den bau der neuen grossmarkthalle so wie auch fuer die errichtung der zusaetzlichen notwendigen lager- und kuehlraeume keine finanzmittel vorgesehen. kopfzerbrechen bereitet den kaufleuten auch die geringe zahl der vorgesehenen staende.

die niedrige kostendeckung der marktgebuehren von nur 23 prozent entstehe dadurch, dass sich zwei grosse maerkte noch immer im provisorischen stadium befinden und dadurch keine kostenerhoehung durchgefuehrt werden koenne. (ba) (forts)

1750

gemeinderat (13):

debatte "dienstleistungen und konsumentenschutz" (forts)

19 wien, 13.12. (rk) als "interessant" bezeichnete gr. ddr. s t r u n z (oevp) die budgetansaetze fuer bauliche herstellungen im bereich der wasserwerke mit zwei milliarden und im bereich der abwasseranlagen, linker sammler, duekker, hauptklaeranlage mit 3 milliarden. ein vergleich der bisher bekannten werte der wiener hauptklaeranlage mit aehnlichen anlagen im ausland, erscheint jedoch unguenstig. vor allem lasse die lange bauzeit auf eine fehlplanung schliessen, fuer die die rathausmehrheit die volle verantwortung zu tragen hat. zu einigen vorliegenden gutachten ueber schlamm-anfall und verwertung und noch zu erwartenden gutachten: derzeit besteht ein heilloses durcheinander.

neben dem grossprojekt der dritten wiener trinkwasserleitung nehmen sich die fuer die uebrigen wasservorhaben vorgesehenen 30 millionen bescheiden aus, schon in hinblick auf die kuenftigen trinkwasserreserven, die aus dem grundwasser kommen muessen. die guete des kuenftigen trinkwassers wird vom zustand der donau und ihrer nebenfluesse abhaengen, deren wasserqualitaet sich staendig verschlechtert hat. das wirkt sich schon jetzt zeitweise im wasserwerk nussdorf aus. in der lobau ist das trinkwasser noch einwandfrei, eine verseuchung hat aber heuer im sommer eine sperre notwendig gemacht.

die wasserqualitaet der fluesse muesste durch ein sogenanntes zwei-parameter-modell, das den sauerstoffhaushalt im wasser verbessert, angewandt werden. der redner brachte einen diesbeueglichen a n t r a g ein. in einem weiteren a n t r a g wird verlangt, suessenbrunn an das wiener trinkwassernetz anzuschliessen. (smo)
(forts)

1815

gemeinderat (14):

debatte "dienstleistungen und konsumentenschutz" (forts)

20 wien, 13.12. (rk) das abwasserbeseitigungsprojekt und die dritte wasserleitung, die 1980 fertig werden, die neuen bezirkshallenbaeder in hietzing, simmering und in doebbling, die bereits 1978 zur verfuegung stehen - das sind beispiele fuer die sozialistische verwirklichungspolitik in dieser stadt, erklarte gr.

h a b e r l (spoe). die oevp verhaelt sich dagegen verantwortungslos, in dem sie zwar noch mehr fordert, der gerechten aufbringung der dafuer notwendigen gelder aber die zustimmung verweigert. ein beispiel dafuer ist die haltung der oevp zur modifizierung der abwassergebuehr.

nach fertigstellung der dritten wasserleitung stehen taeglich 65.000 kubikmeter hervorragendes wasser zur verfuegung. haberl erinnerte daran, dass zur zeit der oevp-regierung der bau der dritten wasserleitung verzoeigert wurde und damals der grundsatz "die wiener sollen halt das donauwasser saufen" vorherrschte.

die verwirklichung des baederkonzeptes benoetigt 415 millionen im jahre 1978. drei bezirkshallenbaeder koennen der benuetzung ueber-

geben werden, ein viertes, das hoepflerbad, wird 1979 fertig.

in engelhartzell wurden nach der privatisierung der muellabfuhr die gebuehren sofort erhoehrt. in wien, wo neben der muellabfuhr entruempelungsaktionen durchgefuehrt werden, stimmt die oevp nicht einmal kostendeckenden gebuehren zu. diese ungereimtheit ist typisch fuer die haltung der oevp und der privatisierungsfrage. (sei)

nochmals zu wort meldete sich gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z . im zusammenhang mit der 3. wiener wasserleitung berichtete er, er sei vor vielen jahren in ebreichsdorf gewesen und habe gesehen, dass auf grund der probebohrungen fuer die 3. wiener wasserleitung die ebreichsdorfer brunnen halb leer gewesen seien. als beispiel fuer eine privatisierung, die die stadt wien durchfuehrt, nannte er die schlamm- und sondermuellverbrennung.

gr. p e s k a (spoe) befasste sich mit der lage der wiener friedhoeefe. hier finden pro jahr 25.000 bis 27.000 bestattungen statt. auf den vier wiener zentralfriedhoeefen gebe es noch ausreichend bestattungsflaechen. auf dem wiener zentralfriedhof gibt es im jahr 3.000 heimfallgraeber und nur 1.500 neubelegungen. 16 ortsfriedhoeefe mussten zu sperrfriedhoeefen erkluert werden. es sei jedoch eine leistung der spoe, dass die sperre bis 31. dezember 1985 hinausgeschoben werden konnte, die betreuung werde bis 1995 erfolgen. auf einigen friedhoeefen wurden erneuerungen durchgefuehrt. (and)
(forts)

1852

gemeinderat (15):

debatte "dienstleistungen und konsumentenschutz" (forts)

21 wien, 13.12. (rk) gr. dr. g l a t z l (oevp) bezeichnete den konsumentenschutz als eine grundaufgabe jeder stadt. die geschaeftsgruppe "dienstleistungen und konsumentenschutz" sei allein gar nicht fuer alle bereiche zustaendig. die zusammenarbeit zwischen konsumentenschutzorganisationen und magistrat sowie zwischen einzelnen abteilungen des magistrats untereinander sei oft schleppend und mangelhaft. auch der konsument muesse den willen und die voraussetzungen zum selbstschutz haben.

auf groesstes interesse in der oeffentlichkeit stossen die lebensmitteluntersuchungen. von 42.000 im jahr 1976 in oesterreich an verdaechtigen lebensmitteln vorgenommenen proben sei es nur bei einem viertel zu beanstandungen gekommen. dr. glatzl fuehrte einen fall an, bei dem ein gastwirt bloss dafuer bestraft wurde, weil er eine knackwurst als augsburger ausgegeben hatte. dr. glatzl nahm in diesem zusammenhang zum entwurf eines bundesgesetzes fuer den konsumentenschutz stellung. in manchen punkten schiesse der entwurf uebers ziel. dr. glatzl verlieh der hoffnung ausdruck, dass es zu einer annaeherung der verschiedenen standpunkte kommen werde. die rechtslage muesse ueberschaubar und kalkulierbar sein, ein redlicher kaufmann duerfe ebensowenig diskriminiert wie ein schwacher konsument ohne schutz gelassen werden.

die erhaltung der friedhoefe bezeichnete dr. glatzl auch als eine kulturelle aufgabe. er regte eine ueberpruefung des gersthofers und des heiligenstaedter friedhofes an. in der bevoelkerung herrsche unzufriedenheit, weil es dort noch freie grabstellen gebe. (ger)

(forts)

1900

gemeinderat (16):

debatte "dienstleistungen und konsumentenschutz" (forts)

22 wien, 13.12. (rk) der konsumentenschutz ist ein anliegen der gesamten bevoelkerung. der kunde muss sich im verwirrenden angebot und in der fuelle marktschreierischer aktionen zurechtfinden und orientieren koennen, stellte gr. b r o s c h (spoe) fest. die lebensmittelueberwachung, die preiskontrolle sind nur einzelne ansaetze. mit kreditvermittlungen, textilbezeichnungen, billigimporten und vor allem dem konsumentenschutzgesetz soll die entwicklung am konsummarkt in den griff bekommen werden. seitens der kammer werde versucht, dem gewerbetreibenden seine privilegien zu erhalten, die spoe dagegen stelle sich gezielte massnahmen vor, die die bevoelkerung vor schlechten leistungen schuetzt. der konsument duerfe nicht laenger durch propaganda irrefuehrt werden, die werbung in den medien soll hauptsaechlich der information dienen. bei der ersten konsumentenschutztagung, die kuerzlich im rathaus abgehalten wurde,

sei zum erstenmal auch das mitspracherecht des konsumenten erwaeht worden.

die verkaufsflaeche in wiens geschaeftsstrassen, die ein gradmesser fuer die versorgung der bevoelkerung sei, habe in den letzten jahren nicht abgenommen, obwohl nahversorgungsbetriebe durch andere geschaeftszweige abgeloeset worden sind. die nahversorgung werde durch gut ausgebaute zufahrtsstrassen erleichtert. der kunde soll zum bewussten konsumenten erzogen werden. nur durch eine umfassende information koenne sich der konsument vor ueberrumpelungsmethoden schuetzen, "kleingedrucktes" sei nach wie vor gefaehrlich. der konsumentenschutz soll zu einer echten verbrauchspartnerschaft fuehren. (ba) (forts)

1922

gemeinderat (17):

debatte "dienstleistungen und konsumentenschutz" (forts)

23 wien, 13.12. (rk) auf dem gebiete des konsumentenschutzes gibt es eine gute zusammenarbeit zwischen den kammern und der gewerkschaft, erklaerte gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp). dennoch bleibt das wichtigste dabei - der informierte konsument. wenn der konsument nicht zur information veranlasst wird, liest er weder gross- noch kleingedrucktes. zum konsumentenschutz muesste aber auch die pruefung aller tarife und gebuehren kommen, wie es in amerika selbstverstaendlich ist.

zur frage der reprivatisierung kommunaler dienste: es gibt sowohl im ausland als auch in oesterreich beispiele, dass private muellabfuehren billiger arbeiten - wie in lienz, gmunden, bregenz. man sollte diese frage nicht einfach ablehnen, sondern pruefen und diskutieren.

zum problem der nahversorgung: es geht nicht nur um die erhaltung des kleinen kaufmannes, vor allem ist die versorgung aelterer menschen sicherzustellen, die kein auto haben und nicht weit zu fuss gehen koennen.

mit der einfuehrung des erhoekten mehrwertsteuersatzes und mit zollerhoehungen wird ein preisschub bewirkt. importwaren wird man trotzdem hereinlassen muessen, weil wir selbst exportieren wollen. es besteht die gefahr, dass noch mehr betriebe in schwierigkeiten geraten. abschliessend brachte dr. ebert einen a n t r a g ein, dass im interesse der nahversorgung eine exakte gesamterhebung ueber flaechenbedarf und zukuenftige entwicklung gemacht wird. (smo)

(forts)

1932

gemeinderat (18):

debatte "dienstleistungen und konsumentenschutz" (schluss)

24 wien, 13.12. (rk) stadtrat n i t t e l nahm zu den ausfuehrungen der debattenredner stellung. unter anderem erklaerte er in beantwortung einiger fragen, die halbtagskarte fuer die sommerbaeder werde diskutiert, und es sei mit der wiedereinfuehrung zu rechnen.

wien helfe durch geeignete massnahmen bei der sicherung der nahversorgung. das problem sei jedoch differenziert. zwischen 1967 und 1973 sei die entwicklung im lebensmitteleinzelhandel um 33 prozent zurueckgegangen, waehrend bei uhren und schmuck eine zunahme von 13 prozent, bei spielwaren von 11,8 prozent zu verzeichnen waren. es sei auch klar, dass grosslaeden eine andere versorgungsaufgabe haben, aber davon koennten nicht alle gebrauch machen, daher muesse man sich um die nahversorgung kuemmern.

beim landstrasser zentrum wurden massnahmen mit den haendlern in diesem gebiet besprochen, und auch fuer die notwendigen kuehlraeume werde gesorgt werden.

bei der "wabas" sei oft von fehlplanungen und schlamperei die rede gewesen. jeder, der mitarbeiten wollte, habe jedoch die moeglichkeit zur einsichtnahme in die unterlagen gehabt. eine vielfach angefeindete studie habe rationalisierungen und einsparungen in der hoehe von 200 millionen s ermoeeglicht. es sei ausserdem fuer den weiteren baufortschritt ein exakter plan mit der kostenbasis herbst 1977 erarbeitet worden, der nun wie ein uhrwerk ablaufe.

das hallenbaederprogramm, das zur vorgesehenen zeit und mit den vorgesehenen kosten realisiert werde, sei eine demonstration: wir halten, was wir versprechen.

der kreuzgrundbrunnen in der lobau sei seit juni 1977 in betrieb, das wasser des grundwasserwerkes nussdorf kann problemlos entnommen werden.

daran, dass die klaeranlage blumental zweimal ausfiel, seien ohne jeden zweifel jene firmen schuld, die, nur um ein paar tausend schilling zu sparen, giftiges wasser in die kanaele einliessen.

in neu-suessenbrunn, efingerweg und suessenbrunn werde nun eine 6 kilometer lange wasserleitung gebaut - ein beispiel dafuer, dass man sich auch bemuehe, jene nur 500 wiener, die in diesem gebiet leben, mit einwandfreiem trinkwassr zu versorgen.

die vorschlaege der oevp zur privatisierung seien zu wenig ergiebig. nittel bekundete jedoch seine ansicht, den buergern sollten die leistungen bestmoeglich erbracht werden, und sie sollten nicht gegenstand eines politischen streites sein. (siehe auch 'rk' 'staedtische dienstleistungen: rationell und erfolgreich'.)

die verhandlungen wurden um 19.40 uhr unterbrochen. sie werden morgen, mittwoch, mit dem kapitel 'bauten' fortgesetzt. (and)
(schluss)

(ende des sitzungsberichtes)

L o k a l :

=====

schwedens Lichterkoenigin besuchte rathaus

15 wien, 13.12. (rk) fuer stadtrat franz n e k u l a gab es diensttag eine ungewoehnliche unterbrechung der budgetberatungen. er empfing im roten salon schwedens lucia, die lichterkoenigin, die im langen, weissen, wallenden gewand und mit vier brennenden kerzen auf dem kopf aus stockholm nach wien gekommen war, um dem wiener buergermeister die gruesse der schweden zu ueberbringen. die lucia, die eigentlich ann sofie hjalmarsson heisst, war nach der lucia-feier in stockholm nach wien geflogen und direkt ins wiener rathaus gekommen. in schweden werden am 13. dezember in allen wohnungen, bueros, geschaeften und fabriken, lucia-feste abgehalten. die lichterkoenigin, die durch die raeume schreitet, symbolisiert in der dunkelheit der winterszeit die wiederkehr des lichtes. (ab)

1635